

22.01.24**Empfehlungen**
der Ausschüsse

R - In

zu **Punkt ...** der 1041. Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024

Entschließung des Bundesrates zur Vereinfachung und Beschleunigung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
- Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern -**A.**

Der **federführende Rechtsausschuss** und
der **Ausschuss für Innere Angelegenheiten**

empfehlen dem Bundesrat,

die Entschließung nach Maßgabe der folgenden Änderungen zu fassen:

In 1. Zu Abschnitt I Nummer 1

In Abschnitt I Nummer 1 sind nach dem Wort „ergänzt,“ die Wrter „soweit diese die örtliche Zuständigkeit betreffen,“ einzufügen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Es ist denkbar, dass in Fllen der sachlichen Zuständigkeit des Gerichts, auch komplexere Fallkonstellationen vorliegen können, bei denen eine Befassung nur durch einen Richter anstatt des Kollegialorgans nicht sachgerecht ist. Dies kann unter anderem in Sachverhalten des Enteignungsrechts und zugehörigen Entscheidungen (u. a. vorzeitige Besitzeinweisung) vorliegen, wenn die zugrundeliegende Zuweisung zwischen den Gerichtszweigen unterschiedlich ausgelegt wird oder streitig ist. Oftmals ist diese Frage der sachlichen Zuständigkeit mit einiger Komplexität behaftet.

Demgegenüber lässt sich die örtliche Zuständigkeit regelmäßig deutlich schneller und einfacher feststellen, sodass in diesen Fllen eine Entscheidung durch

...

den Einzelrichter oder Berichterstatter durchaus zu einer Beschleunigung beitragen kann.

Die Ergänzung um die Fallgruppe der Verweisungsbeschlüsse für den Einzelrichter oder Berichterstatter ist daher auf solche der örtlichen Zuständigkeit zu beschränken.

R 2. Zu Abschnitt I Nummer 1 und Abschnitt II Nummer 0₁ – neu –

Die Nummer 1 in Abschnitt I ist der Nummer 1 in Abschnitt II voranzustellen.

Folgeänderungen:

- a) In Abschnitt I ist die Angabe „2.“ zu streichen.
- b) Die Begründung in Abschnitt I Nummer 1 ist der Begründung von Abschnitt 2 Nummer 1 als Nummer 0₁ voranzustellen.
- c) In der Begründung zu Abschnitt I Nummer 2 ist die Angabe „2.“ zu streichen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum)

Die angestrebte Ergänzung des § 87a Absatz 1 VwGO eröffnet als Prüfbitte größeren Gestaltungsspielraum für die Bundesregierung.